

Pressemitteilung
13.02.2026



**Betrifft: Integrationskurse - Bundesinnenminister
Dobrindts unverantwortliche Desintegrationspolitik
stoppen**

**Saarländischer Flüchtlingsrat appelliert an die
saarländischen Bundestagsabgeordneten der CDU
und SPD**

Kaiser Friedrich Ring 46
66740 Saarlouis
Tel.: 06831 - 4877938
Fax: 06831 - 4877939
fluechtlingsrat@asyl-saar.de
www.asyl-saar.de

Büro Öffnungszeiten:
Dienstag: 13 –17 Uhr

„Neben einer rigorosen Politik der Abschottung und Abschiebungen verfolgt Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) jetzt auch eine Politik der Desintegration“, kommentierte Tobias Schunk vom Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrats e.V. dessen Entscheidung, Asylsuchende und Geduldete sowie Menschen aus der Ukraine und Unionsbürger:innen in diesem Jahr von den Integrationskursen faktisch auszuschließen. Nur wer die Kosten selbst trägt, kann weiterhin an den Kursen teilnehmen.

Vorstand:
Dilan Akdogan
Elke Klein
Peter Nobert
Tobias Schunk

Bankverbindung:
Kreissparkasse Saarlouis
IBAN: DE14 5935 0110 0200 6309 86
BIC: KRSADE55XXX

„Die Integrationskurse sind eine Erfolgsgeschichte. Um so unverständlicher ist es, dass hier ohne Not zum Beispiel Tausende von Geflüchteten von diesen Kursen ausgegrenzt werden sollen“, so Tobias Schunk weiter. „Von den saarländischen Bundestagsabgeordneten der CDU und SPD erwarten wir, dass sie sich diesem politischen Unsinn widersetzen. Dobrindts Entscheidung darf nicht das letzte Wort in dieser Sache sein. Schließlich ist der Spracherwerb der Schlüssel zu sozialer Teilhabe und Integration.“

Integrationskurse sind ein wichtiges und notwendiges staatliches Angebot für viele Migrant:innen. Deshalb sollte die Finanzierung dieser Kurse auch in Zukunft gesichert sein. Der Bedarf dafür ist hoch und wird hoch bleiben. Als Saarländischer Flüchtlingsrat ist es uns wichtig, dass Integrationskurse von Anfang an für alle Geflüchteten offen sind, auch für Geflüchtete im laufenden Asylverfahren sowie Geduldete.

„Wir betrachten das als gesellschaftliche Investition in die Zukunft, die selbstverständlich nicht am Geld scheitern darf“, so Tobias Schunk abschließend. „Absurd wird allerdings das Ganze, wenn staatlicherseits Integration gefordert wird und Integrationsangebote wie im aktuellen Fall regelrecht demontiert werden.“